

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Berater und Chefredaktion:**  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Telefon: Karl-Liebknecht 4196/4198



**Abdruck für Verlag und Verbreitung:**  
Berlin O 2 61, Dorotheen-Platz 6  
Druckverlag: Copaldruck

Die Ausführung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten, wenn nicht ausdrücklich in der Genehmigung für beide Fälle ist.

Berlin, den 19. Dez. 1931.

Justiz und Staat.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Das freisprechende Urteil gegen den Heimwehrputschisten Pfriemer war vorausgesagt worden. Es ist ein Symbol der Schwäche des österreichischen Staates gegenüber dem Staat im Staate, den die Heimwehr bildet. Wenn das Gericht gegen einen solchen Putschisten im Zentrum des Putsches stattfindet, wenn es besetzt ist mit Parteianhängern der Putschisten, wenn die Staatsgewalt nicht den Mut und die Kraft besitzt, ihre ganze Autorität für die Verurteilung einzusetzen, und alle ihr gegebenen gesetzlichen und verwaltungstechnischen Möglichkeiten dafür anzuwenden, mit anderen Worten, wenn die Staatsgewalt selbst nur mit halbem Herzen bei der Sache des Staates ist, - was soll dann bei einem Hochverratsprozess herauskommen?

Wir haben in Deutschland unsere Erfahrungen mit derartigen Hochverratsprozessen. Der Prozess gegen Hitler und Genossen vor dem Münchener Gericht nach dem Novemberputsch vom Jahre 1923 ist das Seitenstück zum Prozess gegen Pfriemer. Hier wie dort dasselbe komödiantenhafte Auftreten der Angeklagten, dieselbe unglaubliche Weichheit, Nachsicht und Duldsamkeit des Gerichts gegenüber den Angeklagten und der Komödie, die um sie gespielt wurde. Es gibt nur einen Unterschied. In München hat man seinerzeit nicht gleich freigesprochen, sondern hat Hitler und seine Hauptleute pro forma zu je fünf Jahren Festung verurteilt, wovon Hitler allen Ernstes einige Wochen abmachen musste. Dann aber war alles wie zuvor. Herr Hitler wurde durch seinen Putsch gegen die Verfassung des Deutschen Reiches, dem er als Staatsbürger nicht angehört, nicht etwa ein lästiger Ausländer, und Herr Frick, der mit Hitler zusammen verurteilt wurde, wurde keineswegs unwürdig, weiter bayerischer Beamter zu sein. Es ist ihnen gar nichts geschehen; es ist auch sonst nichts geschehen. Die Herrschaften haben in aller Gemütsruhe wieder von vorne anfangen können.

Die Schwäche des Staates von damals und die Schwäche des Staates von heute tragen Schuld daran, dass der Faschismus in Deutschland so stark geworden ist. Man erzähle uns nicht, dass wir jetzt andere Zeiten hätten als im Jahre 1923/24! Die Justiz von heute und die Justiz aus der Zeit nach dem Hitlerputsch sind im allgemeinen einander durchaus ebenbürtig. Es mehren sich die Fälle von empörenden Urteilen, in denen staatsstreuen Beamten der Schutz gegen schmachvolle Beschimpfung und Verleumdung durch Staatsfeinde versagt wird oder in denen gesetzwidriges und im Grunde genommen hochverräterisches Treiben organisierter Bürgerkriegsbanden eine milde Beurteilung erfährt, die schon nicht mehr wie Duldsamkeit, sondern wie offene Anerkennung wirkt.

Hat etwa der Staat gegenüber den Verfassern der hessischen Blutdokumente seine Autorität und seine Stärke gezeigt? Hat jemand inzwischen wieder gehört, was aus der Voruntersuchung gegen Best und Genossen geworden ist?

Der immer stärker werdende Zweifel daran, dass die Staatsgewalt mit ganzem Herzen den Kampf gegen den Faschismus führt, beschränkt sich nicht allein

auf die Erfahrung mit der Justiz. Die letzte Notverordnung enthält ein ganz allgemeines und zwingendes Uniformverbot. Die nationalsozialistischen Abgeordneten des Braunschweigischen Landtags haben auf das Verbot gepfiffen. Die Reichsregierung hat deswegen eine Anfrage an die Braunschweigische Regierung gerichtet. Sie hat eine nichtssagende Antwort erhalten. Seitdem ist es still geworden. In den Kreisen der Republikaner werden berechnete Äusserungen laut, dass überhaupt nichts weiter geschehen werde.

Aus der Schwäche der Staatsgewalt gegenüber den Saboteuren von Braunschweig haben ihre Parteifreunde, die als Angeklagte wegen der Kurfürstendamm-Krawalle in Berlin vor Gericht stehen, sofort ihre Konsequenzen gezogen. Die Herrschaften erschienen am Sonnabend vor Gericht mit verbotenen Abzeichen und in Parteiuniform. Der Vorsitzende des Gerichts ermahnte sie, Abzeichen und Uniform abzulegen und so nicht wieder zu erscheinen. Die Herren Braunschweigischen Landtagsabgeordneten in der Hitleruniform waren wenigstens immun. Man konnte also direkt gegen sie nichts veranlassen. Die Angeklagten im Kurfürstendamm-Prozess sind nicht immun. Sie haben nicht nur gegen die Notverordnung verstossen, sondern auch das Gericht verhöhnt. Nach dem klaren Wortlaut der Notverordnung hat jeder von ihnen eine Mindeststrafe von 1 Monat Gefängnis verwirkt. Gerichtsvorsitzender und Staatsanwalt waren anwesend und Zeugen des Delikts. Es geschieht nichts! Von einem Verfahren ist weit und breit nichts zu hören! Die Herren Angeklagten werden vielmehr milde behandelt. Ein Teil ist bereits auf freiem Fusse, ein anderer soll noch vor Weihnachten enthaftet werden. Einer der auf freiem Fusse befindlichen Angeklagten betätigt sich inzwischen weiter eifrig als SA-Sturmführer. Seine Spezialität ist es, Passanten zu überfallen, die die Farben des Reiches als Bändchen im Knopfloch tragen. Er wurde bei dieser staatsfreundlichen Tätigkeit von der Polizei festgenommen. Dafür darf er mit Abzeichen und in Uniform vor Gericht erscheinen, ohne dass er nach den Vorschriften der Notverordnung angefasst wird.

Nach dem Pfriemer-Urteil wird man in der österreichischen Heimwehr sagen: Es kann uns ja nichts geschehen! Leider sagt man sich dasselbe in den Kreisen der deutschen Nationalsozialisten schon lange! In den Kreisen der verfassungstreuen Republikaner aber stellt man mit Bitterkeit fest, dass die Staatsgewalt nicht Stärke genug besitzt, um ihre Autorität gegenüber der Sabotage ihrer Anordnungen und ihrer Autorität geltend zu machen!

-----  
SPD. Hirschberg, 19. Dezember (Eig. Dr.)

Auch im schlesischen Riesengebirge befolgen die Kommunisten getreu die Parolen der Berliner Zentralen, beantragen das Blaue vom Himmel herunter und speien Gift und Galle, wenn etwas zum Wohle der werktätigen oder arbeitslosen Bevölkerung geschieht. Zwei Beispiele zeigen dies mit aller Klarheit.

In Schreiberhau wurden zu Beginn des Winters zwei Volksküchen eingerichtet. Der Kommunist Beier, der Mitglied des Wohlfahrtsausschusses ist, stellte sich aber in einer kommunistischen Erwerbslosenversammlung hin, und machte den Wohlfahrtsausschuss und die Erzeugnisse der Volksküchen nach allen Regeln der kommunistischen Verdrehungs- und Verleumdungskunst verächtlich. Als der Held gestellt wurde, erklärte er ausdrücklich, dass seine Angriffe gegen die Volksküche nur zum Zwecke der Propaganda für die Kommunistische Partei erfolgt sind. Das Essen sei mitunter sogar recht gut. Beier nahm schliesslich seine Angriffe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verpflichtete sich, seine Ausführungen in der nächsten öffentlichen Versammlung zu widerrufen.

Das Rezept benutzte der Moskaujünger Walprecht in Kauffung. Er stellte in dortigen Stadtparlament eine Reihe unsinnig hohe Unterstützungsanträge für die Erwerbslosen, die selbst eine Grosstadt nicht durchführen können und erklärte darüber, zur Rede gestellt, mit Seelenruhe, dass er selbst wisse, dass seine Anträge nicht durchgeführt werden könne, er habe sie lediglich zu Agitationszwecken eingereicht.

SPD. Karlsruhe, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Karlsruher Schöffengericht verurteilte den Kaufmann Levita aus Baden-Baden zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und den Buchdruckereibesitzer Pfeiffer, Herausgeber eines inzwischen eingegangenen Zentrumsblattes in Baden-Baden zu 2 Monaten Gefängnis. Beide waren der Erpressung gegenüber der Zigarettenfabrik Reemtsma angeklagt. Der mitangeklagte Kaufmann Schwek ist flüchtig.

Die Angeklagten hatten eine Broschüre "Steuerskandal im Reemtsma-Konzern" verfasst, in der sie gegen die Firma Angriffe wegen angeblicher Steuerhinterziehung erhoben. Sie boten diese Broschüre dann der Firma Reemtsma zum Ankauf an und veranlassten die Firma, gegen einen Betrag von 50 000 Mark die ganze Auflage der Broschüre aufzukaufen. Eine andere Broschüre, betitelt "Das grosse ABC" wurde benutzt, um von der Zigarettenfabrik Bergmann-Dresden Geld zu erlangen. Levita und Schwek setzten einen Vertrag auf, wonach sie 3 Jahre lang je 3000 Mark monatlich von der Firma Bergmann erhalten sollten. Die beiden übernahmen dann den Verlag der "Badischen Volkszeitung" in Baden-Baden, deren Besitzer Pfeiffer war und versuchten unter der Drohung, Material gegen die Zigarettenindustrie zu veröffentlichen, grosse Inseratenaufträge zu bekommen.

Der Prozess brachte sehr interessante Enthüllungen über das Geschäftsgebaren gewisser Zigarettenbetriebe. Levita wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Pfeiffer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

-----

SPD. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen ersuchte der Reichsfinanzminister, bei den durch die letzte Notverordnung erlaubten Erhöhungen der Realsteuersätze zugunsten der Gemeinden einen besonders strengen Massstab anzulegen und die Zulassung von Steuererhöhungen auf das unbedingt notwendige Mass zu beschränken. Besonders gelte das gegenüber der Erhöhung der Gemeindegrundsteuer, die bei Ueberschreitung eines bestimmten Satzes auf die Mieter umzulegen sei und daher wie eine Mieterhöhung wirke. Eine Mieterhöhung, auf die die Umlegung einer erhöhten Grundsteuer hinauslaufe, müsse im gegenwärtigen Zeitpunkt vermieden werden. In solchen Fällen sei zu prüfen, ob nicht durch Einführung noch nicht ausgenutzter oder Erhöhung anderer vorhandener Steuern die Verschärfung der Gemeindegrundsteuer zu vermeiden ist.

-----

SPD. Kassel, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Kasseler Kriminalpolizei entdeckte am Sonnabend durch Zufall ein kommunistisches Waffenlager. Bei der Haussuchung nach gestohlenen Zigaretten und Tabakwaren bei einem Kommunisten in der Kasseler Altstadt fanden Beamte in einer kleinen Kammer in der Küche eine ganze Anzahl grösserer Pakete. Beim Oeffnen fielen ihnen Waffenteile in die Hände. Eine sofortige Durchsuchung der Wohnung förderte dann 13 Gewehre, zum grössten Teil Militärgewehre, aber auch Jagdwaffen verschiedenster Kaliber und Revolver zu Tage. Ausser den Waffen wurde eine grössere Menge Munition gefunden. Darunter befinden sich mehrere 100 Schuss S-Munition und Tankgewehr-Munition. Auch Sprengstoff und Zündschnuren, sowie Patronentaschen und anderes Waffenmaterial wurden beschlagnahmt. Der Kommunist Knöche wurde sofort verhaftet. Auch seine Frau, sein Sohn und ein bei ihm wohnender Mann wurden festgenommen, obwohl sie bestritten, von dem Waffenlager etwas gewusst zu haben.

Knöche ist der Polizei als aktiver Rotfront-Mann seit längerer Zeit bekannt. Er gehörte früher dem Rotfrontkämpferbund an.

-----

SPD. Im Prozess gegen Helldorf und Genossen, der zurzeit vor der Strafkammer des Landgerichts I in Moabit läuft, werden noch immer die Angeklagten vernommen. An die Vernehmung der ersten Zeugen ist vor Mitte der Woche nicht zu denken.

Die Angeklagten nehmen die Verhandlung mehr oder weniger von der humoristischen Seite und suchen sich gegenseitig mit dummen Bemerkungen aufzuheitern. Wenn einer der Kowdys z.B. davon spricht, dass er zum Kurfürstendamm gegangen sei, "um einmal jüdische Typen kennenzulernen", so schmunzeln die übrigen 40 Pogromisten auf den Anklagebänken verständnisinnig. Sie wiederholen die Märchen, die sie in der Vorinstanz erzählt haben und wollen alle "ganz zufällig" in die Exzesse hineingeraten sein. Einige können sich sogar jetzt noch nicht erklären, weshalb man sie eigentlich seinerzeit verhaftet hat. Die Langmut, mit der die Justiz diesen verlogenen Rüpel entgegenkommt, zeitigt bereits die schönsten Früchte. So konnte die Sonnabendverhandlung nur mit grosser Verspätung beginnen, da der Angeklagte Schulz unfreiwillig abwesend war. Er war nämlich in der Nacht zum Sonnabend bei einem feigen Ueberfall auf Reichsbannerleute festgenommen worden.

Die Angeklagten, die sich auch sonst provozierend benehmen, erschienen in der Sonnabendverhandlung zum Teil uniformiert und mit Abzeichen. Der Vorsitzende begnügte sich mit der Aufforderung an die Nazis, in Zukunft nur noch in Zivil zu erscheinen, obwohl er sie nach der neuen Notverordnung der Reichsregierung sofort hätte in Strafe nehmen können.

-----  
SPD. Rom, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die Ende Oktober 799 744 betrug, ist Ende November nach der amtlichen Statistik auf 878 267 gestiegen. Hiervon bezogen 240 000 Arbeitslosenunterstützung. Ende November 1930 wurden 534 356 Arbeitslose gezählt.

-----  
SPD. Die Differenzen im Emelka-Filmkonzern, die zu einem Solidaritätsstreik der Belegschaft mit dem leitenden Direktor Schach geführt hatten, weil die von dem französischen Grossaktionär Kohan geführte Aktionärsgruppe vertraglich gesicherte Betriebskredite nicht zur Verfügung stellen wollte, sind beigelegt. In mehrtägigen Verhandlungen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden, den Vertretern der französischen Gruppe, dem Generaldirektor Schach und dem Produktionsleiter Grube wurden die Schwierigkeiten beseitigt. Der ursprünglich eingeräumte Produktionskredit von 1,5 Millionen Mark zur Herstellung von acht Filmen in den Münchener Ateliers wird in vollem Umfang aufrechterhalten, die Direktoren Schach und Grube bleiben auf ihren Posten. Diese Abmachungen werden auch durch Veränderungen im Aufsichtsrat sichergestellt, sodass Herr Kohan wohl ausscheiden wird.

-----  
SPD. Beirut, 19. Dezember (Eig. Bericht)

Zwischen der Türkei und Sowjet-Russland ist nach Berichten syrischer Zeitungen aus Angora ein Geheimvertrag abgeschlossen worden. Seine Hauptpunkte sollen lauten: Gemeinsames Vorgehen beim Eintritt eines der Kontrahenten in den Völkerbund, Sperrung der Dardanellen bei einem aktiven Eingreifen Russlands in den mandschurischen oder in einen anderen internationalen Konflikt, beiderseitige Unterstützung bei den Bemühungen zur Verbesserung der militärischen Schlagkraft und gemeinsamer Schutz der Schwarzen-Meer-Küste im Fall eines kriegerischen Konflikts zwischen Russland und Rumänien.

Ausserdem hat die türkische Diplomatie für Sowjetrussland verschiedene politische Vermittleraufgaben übernommen, von denen die wichtigste die Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Polen und Sowjet-Russland ist.

SPD. Braunschweig, 19. Dezember (Eig. Dr.)

Das Polizeipräsidium in Braunschweig hat den Bulgaren Stojanoff als lästigen Ausländer aus dem Freistaat Braunschweig ausgewiesen. Stojanoff soll über eine Studentin geäußert haben, sie benehme sich wie ein Dienstmädchen. Die Nazis forderten daraufhin seine Ausweisung.

SPD. Der Reichsrat stimmte am Sonnabend der Ausprägung von kupfernen 4-Pfennig-Stücken im Betrage von 2 Millionen Mark zu. Damit wird eine der in der letzten Notverordnung angekündigten Massregeln zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs bei der Preissenkung verwirklicht.

Die Reichsregierung hatte die Absicht, allmählich sämtliche 5-Pfennig-Stücke aus dem Verkehr zu ziehen und sie durch 4-Pfennig-Stücke zu ersetzen. Die Reichsratsausschüsse haben jedoch hiergegen Bedenken geltend gemacht. Infolgedessen ist diese Frage noch nicht entschieden worden.

SPD. Paris, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die beratungen des baseler Sachverständigenausschusses über die deutsche Zahlungsfähigkeit und vor allem die zugleich mit der Ratifizierung des Hoover-Moratoriums durch das amerikanische Repräsentantenhaus erfolgte Annahme einer Entschliessung, in der jede Herabsetzung oder Streichung der interalliierten Schulden abgelehnt wird, scheinender französischer Öffentlichkeit allmählich die Augen zu öffnen und ihr einiges Verständnis für die Unhaltbarkeit des französischen Standpunktes in der Reparationsfrage einzuflössen. Das geht deutlich aus einem Artikel des "Temps" hervor, der sich mit der Bedeutung der amerikanischen Entschliessung beschäftigt und in dem es heisst:

"Was wird nach dem Ablauf des Hoover-Moratoriums am 30. Juni 1932 geschehen, wenn die Amerikaner den Standpunkt aufrechterhalten, den die Mehrheit des Repräsentantenhauses angenommen hat, wenn sie im Voraus die Tür für jede Revision der Schuldenabkommen schliessen und sich weigern, das Moratorium zu verlängern? Man würde dann genötigt sein, zu den Mitteln Zuflucht zu nehmen, über die man auf Grund der bestehenden Abkommen verfügt. Wenn Deutschland unfähig ist, seine Reparationszahlungen wieder aufzunehmen, werden natürlich die Schuldnerstaaten Amerikas nicht in der Lage sein, ihre Zahlungen an die Vereinigten Staaten zu leisten. Sie müssten in diesem Falle von der Möglichkeit Gebrauch machen, die in den Washingtoner Abkommen vorgesehenen Moratorien zu verlängern. Das wäre ein Mittel um Zeit zu gewinnen, aber das Problem würde unter denselben Bedingungen immer wieder neu aufgeworfen werden und weiterhin die internationale Lage stark belasten. Wäre es, statt derartige Aushilfsmittel anzuwenden, nicht klüger, direkt auf eine offene und klare Lösung loszumarschieren, da man weiss, dass man früher oder später doch dahin kommen muss?"

Es ist das erstemal, dass sich der "Temps" so deutlich für die Streichung aller Schulden- und Reparationszahlungen ausspricht.

SPD. Paris, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Aussenministerium dementiert die in verschiedenen Auslandszeitungen veröffentlichten Gerüchte, dass in Indochina, nahe der chinesischen Grenze, eine Truppenkonzentration im Gange sei, und dass andererseits ein geheimes französisch-japanisches Abkommen bestehe. Die betreffenden Meldungen seien völlig unzutreffend und entbehrten jeder Begründung.

-----  
SPD. Basel, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen im Sonderausschuss der BIZ haben sich insbesondere in den letzten Tagen ausserordentlich schwierig gestaltet, sodass es fraglich ist, ob der Ausschuss überhaupt in der Lage sein wird, seine Arbeiten noch vor Weihnachten abzuschliessen. Am Sonnabend wurde wiederum den ganzen Tag über verhandelt, ohne dass ein positives Ergebnis erzielt u. zw. die erforderliche Klärung erreicht worden wäre.

Die Schweizerische Depeschagentur meldet, dass in den Verhandlungen des Sonderausschusses auch der schweizerische Standpunkt zum Problem der internationalen Verschuldung zum Ausdruck gekommen sei. Er lasse sich in drei Punkte zusammenfassen. "1. Die Reparationsschuldenzahlungen haben bis jetzt auf die internationale Wirtschaft einen starken Einfluss ausgeübt, der sich immer stärker in einem die Wirtschaftsbeziehungen schädigenden Sinne geltend macht. 2. Der Zusammenhang zwischen Kriegsschulden und Reparationen ist, was speziell gegenüber dem amerikanischen Standpunkt zu betonen ist, ein unzweifelhafter. 3. Eine weitere Hinauszögerung der Reparationsschulden, wenn möglich eine völlige Annullierung, würde für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise von ausserordentlich günstigem Einfluss sein."

-----  
SPD. Paris, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Toulouse wurde eine von der dortigen Liga für Menschenrechte veranstaltete Friedenskundgebung von nationalistischen Raufbolden gestört. Als eine deutsche Rednerin, Frau Perlen aus Stuttgart, das Wort ergreifen wollte, versuchten etwa 50 im Saal anwesende Royalisten sie am Sprechen zu hindern. Die übrigen Teilnehmer an der Kundgebung protestierten und gingen energisch gegen die Störenfriede vor. Die Polizei griff sofort ein und wies die Royalisten aus dem Saal. Die Versammlung konnte darauf in Ruhe beendet werden.

-----  
SPD. Der Reichspräsident empfing am Sonnabend den Reichsminister Groener zum Vortrag.

-----  
SPD. Die Schweinezählung des Statistischen Reichsamtes zum 1. Dezember 1931 zeigt trotz des jahrelang andauernden Preissturzes gegenüber dem 1. Dezember des Vorjahres immer noch einen erheblichen Mehrbestand. Gezählt wurden 23,8 Millionen Stück Schweine oder 1,4 Prozent mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Allerdings ist die Aufzucht von Schweinen jetzt stärker rückgängig geworden. vom 1. September bis 1. Dezember 1931 hat sich der Gesamt-schweinebestand um 1,6 Millionen Stück oder 6,2 Prozent verringert. In der Vergleichszeit des Vorjahres war nur eine Abnahme um 0,2 Prozent festzustellen.

SPD. Die mit den Verhandlungen über Erneuerung und Abänderung des Stilhalteabkommens beschäftigten Ausschüsse sind bei der Prüfung der zahlreichen in Frage kommenden Punkte gut vorwärts gekommen. Die Verhandlungen haben sich jederzeit in sehr harmonischer Atmosphäre abgespielt. Um den Zeitverlust durch die Weihnachtsfeiertage auf das geringst mögliche Mass zu beschränken, haben sich die ausländischen Delegierten bereit erklärt, die Verhandlungen bis einschliesslich Dienstag, den 22. Dezember 1931 fortzuführen und alsdann am Montag, den 28. Dezember 1931 wieder aufzunehmen, sodass nur zwei Arbeitstage verloren gehen.

---

SPD. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hatte für Sonnabend die Vertreter der Gewerkschaften aller Gruppen und aller Richtungen zu einer Besprechung eingeladen. Er entwickelte in der Besprechung das Programm seiner Arbeit und das Ziel, das ihm vorschwebt und gab auch Aufschluss über bisher getroffene und weiter in Aussicht genommene Massnahmen. Er bat die Gewerkschaften, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen. Die Vertreter der Gewerkschaften nahmen von den Ausführungen Kenntnis und wiesen auf die geradezu entscheidende Bedeutung der Preissenkung hin. Sie erklärten sich zu jeder gewünschten Mitarbeit bereit und werden ihre Unterorganisationen mit entsprechenden Weisungen versehen. Ueber die Frage der Mitarbeit werden sich die Gewerkschaften mit dem Reichskommissar dauernd in Fühlung halten.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Alles über Welt

## Pyramide, Zwiebel, Zuckerhut.

Die drei Formen der Volksstruktur - Voraussagen der Statistik - Volk ohne Jugend - Raum ohne Volk ?

SPD. "Volk ohne Jugend" heisst ein demnächst erscheinendes Werk des Direktors im Statistischen Reichsamt Berlin, Dr. Friedrich Burgdörfer, der als einer der ersten deutschen Fachleute für Bevölkerungsstatistik gilt. Nachstehend veröffentlichen wir die interessantesten, in manchen Punkten geradezu sensationell wirkenden Voraussagen des kommenden Buches:

Völker werden, wachsen und altern wie Menschen. Man kennt drei Grundformen der Bevölkerungsstruktur: das junge, wachsende Volk, das stationäre Volk und das überalterte, schrumpfende Volk. Diese drei Formen lassen sich bildlich darstellen, wenn man in die wagerechte Ebene die Kopfzahl der Bevölkerung, in die senkrechte ihr Alter einzeichnet. Dann zeigt das junge Volk die Form einer Pyramide: die breite Basis stellt die Jugend des Volkes dar; mit zunehmenden Altersjahren verkleinert sich die Kopfzahl, und die ältesten Menschen bilden die Spitze der Pyramide, den kleinsten Anteil an der Bevölkerungszahl. Das stationäre, alternde Volk, bei dem die Jahrgänge bis etwa 45-50 Jahre gleichmässig besetzt sind, um dann abzunehmen, ergibt die Form eines Zuckerhutes; und das schrumpfende, überalterte Volk, dessen Jugendnachwuchs zu dünn ist und dessen Hauptanteil die Jahrgänge zwischen 45 und 65 bilden, zeigt sich in Form einer Zwiebel.

Diese letzte Form ist die des deutschen Volkes, und zwar in besonders krasser Form. Unser Altersaufbau ist unterminiert durch Krieg und Krise, es fehlt die normale Besetzung der jugendlichen Jahrgänge. Während des Krieges, als die Männer im Feld standen, als Millionen jahrelang oder für immer aus den Reihen der Familienväter ausschieden, setzte ein ausserordentlich starker Geburtenrückgang ein; vier Kriegsjahrgänge sind kaum zur Hälfte besetzt, dreieinhalb Millionen Kinder blieben ungeboren. Diese Lücke, die heute in den Reihen der Zwölf- bis Sechzehnjährigen klafft, rutscht natürlich mit den Jahren immer höher in den Altersaufbau des Volkes hinauf und wird im Jahre 1945 das kritische Stadium erreichen: nämlich das Heiratsalter von 25 bis 30 Jahren. Von da an wird sich der Geburtenrückgang, der Ueberalterungsprozess erst in seiner vollen Schwere bemerkbar machen - bis zum Jahre 2 000, bis die letzten Ueberlebenden der Kriegsjahrgänge verschwunden sein werden. Das nächste Jahrtausend würde also, wenn keine anderen Einflüsse sich geltend machen würden, von neuem mit dem "Zuckerhut"-Bild des stationären Volkes beginnen.

Nun haben jedoch die letzten Jahre gezeigt, dass die Zahl der Eheschliessungen und Geburten wiederum stark im Abnehmen ist und fast schon an die Lücke der Kriegszeit heranreicht. Dieser Schrumpfungsprozess wird unter den voraussichtlichen Wirtschaftsverhältnissen eher fortschreiten als abnehmen. Der "Zuckerhut" des Jahres 2000 wird also höchstwahrscheinlich wieder eine "Zwiebel" sein - ein Volkskörper mit schwachbesetzten jugendlichen Jahrgängen. Dieser Voraussage ist die Fortdauer des Geburtenrückgangs, der seit 3 Jahren etwa 25% beträgt, zugrundegelegt.

Wie werden sich die Folgen dieser Ueberalterung zeigen? Die Bevölkerungs-

Zahl Deutschlands wird von ihrer heutigen Basis von 65 Millionen bis 1945 auf 67 Millionen steigen, um dann rapide zu sinken. Im Jahre 2000 wird Deutschland nur mehr 46 Millionen Einwohner haben! 1945 schon werden doppelt so viel Menschen sterben wie heute, nämlich 600 000 im Jahr; die Zahl der älteren Menschen wird sich in den nächsten Jahrzehnten verdreifachen. Was dieser Umstand für die Sozialpolitik, für die Alters-, Invaliden- und Krankenversicherungen bedeutet, lässt sich heute noch nicht einmal ahnen!

Aber Deutschland ist nicht der einzige Staat, der sich mit diesen Problemen zu befassen haben wird. Im allgemeinen ist das Geburtendefizit heute in den west- und nordeuropäischen Staaten am höchsten. An der Spitze steht - England; sein Defizit beträgt 3 Geburten auf 1 000 Einwohner gegenüber den Sterbefällen; dann folgt Schweden, die Schweiz und endlich Deutschland mit über 2 pro Tausend. Es zeigt sich also die bemerkenswerte Tatsache, dass selbst wirtschaftlich noch gutsituierte Länder wie Schweden und die Schweiz einen grösseren Geburtenrückgang aufweisen als Deutschland!

Frankreich, das "klassische Land des Geburtenrückgangs", zeigt heute nur ein ganz minimales Defizit; Paris selbst hat einen höheren Prozentsatz an Geburten als unsere kleinsten Landstädte. Die Phrase vom degenerierten Frankreich scheint doch nicht ganz zu stimmen.

Das höchste Plus an Geburten, nämlich 8 pro Tausend, hat Sowjetrussland. Dicht dahinter folgt Polen; Italien, Holland, Irland haben ebenfalls Geburtenüberschüsse, die stärker sind als das Defizit Deutschlands.

Sehr aufschlussreich ist ein Vergleich der Machtstärke der romanischen, germanischen und slawischen Völker in Europa. Im Jahre 1810 gab es 63 Millionen Romanen, 59 Millionen Germanen, 65 Millionen Slawen; der Anteil der westlichen (germanischen und romanischen) Rasse betrug demnach insgesamt 65,3%. Im Jahre 1910 lebten in Europa 108 Millionen Romanen, 152 Millionen Germanen, 187 Millionen Slawen; also nur mehr 58,3% Westeuropäer. Heute gibt es 121 Millionen Romanen, 149 Millionen Germanen, 226 Millionen Slawen; also nur mehr 54,4% Westeuropäer. Und in weiteren 30 Jahren wird es in Europa mehr Slawen geben als Romanen und Germanen zusammen! Die slawischen Völker sind jung, die westeuropäischen alt; sie befinden sich in einem Zustand, den man als "ethnologische Arterienverkalkung" bezeichnen könnte.

All diese Voraussagen stützen sich nicht auf vage Kombinationen, sondern auf die unbestechlichen Ziffern der Statistik. Es kann sich natürlich vieles wider Erwarten ändern; die Grundzüge jedoch sind unwiderruflich vorgezeichnet. Das Problem "Volk ohne Jugend" steht vor der Tür; es wird das müssige Problem "Volk ohne Raum", das von den imperialistischen Kolonialphantasten ständig aufgetischt wird, automatisch erledigen; und in weiter Ferne wartet die Lösung der Frage, wie zu verhindern ist, dass weite Gebiete Deutschlands zum "Raum ohne Volk" werden...

+ + +  
Wie Deycke sich impfte.

-----  
Calmette-Gutachter Bruno Lange: "Offenbar sind krankmachende Tuberkelbazillen verfüttert worden."

SPD.Lübeck, 19.Dezember (Eig.Draht.)

Im Calmette-Prozess nahm der Angeklagte Professor Deycke am Sonnabend Stellung zum Gutachten von Professor Ludwig Lange, der aus den Tuberkel-Bazillen, die aus den gestorbenen Kindern isoliert worden waren, den virulenten Kieler Stamm identifiziert hatte.

Professor Deycke berichtete, dass er schon damals, als die Vermutung zuerst auftauchte, in Lübeck sei der BCG mit den virulenten Bazillen des Kieler Stammes vermischt worden, an sich selbst Versuche gemacht habe, indem er sich die Bakterien der verschiedenen Stämme subkutan (unter die Haut) einspritzte. Er will bei diesem Experiment festgestellt haben, dass sein Körper

auf die aus den Lübecker Kindern isolierten Tuberkelbazillen stärker reagierte als auf den Kieler Stamm. Professor Ludwig Lange erwiderte, eine subkutane Einspritzung genüge nicht als Beweis. Er müsse dabei bleiben, dass die Stämme aus den Lübecker Kindern identische Merkmale mit dem Kieler Stamm aufweisen.

Es folgte das Gutachten von Professor Bruno Lange. Er führte aus: "Für die Erklärung der Ursache der Lübecker Unglücksfälle gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder ist der BCG wieder virulent geworden - oder durch ein Versehen in Lübeck sind anstelle des BCG die Kinder mit krankmachenden Tuberkelbazillen anderer Herkunft geimpft worden. Ein Rückschlag des BCG in seine krankmachende Ausgangsform kommt nach meiner Ansicht als Erklärung für die Unglücksfälle in Lübeck nicht in Betracht. Die Unglücksfälle können nur durch ein Versehen bei der Impfstoffherstellung im Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses zustande gekommen sein. Offenbar sind an die Kinder anstelle des BCG krankmachende Tuberkelbazillen verfüttert worden. Eine vergleichende Untersuchung der verschiedenen Tuberkelbazillen unterstützt diese These. Die Annahme, dass in Lübeck auf nicht näher aufgeklärte Weise eine Verwechslung des BCG mit der Kultur Kiel stattgefunden hat, erhält noch eine weitere Stütze durch die Feststellung, dass bei der Impfung in Lübeck nachgewiesenermassen nicht die sicheren Massnahmen getroffen worden sind, die zur Vermeidung technischer Versehen und zur ordnungsgewässen Durchführung der Impfung unbedingt erforderlich sind."

Anschliessend erstattete noch Professor Abel ein kurzes Gutachten. Nach ihm muss man nach den neueren Forschungsergebnissen mit einer Virulenzsteigerung des BCG rechnen. Er hält aber die Wahrscheinlichkeit, dass das Lübecker Unglück auf ein Virulentwerden des BCG zurückzuführen ist, für ausserordentlich gering. Die Art, in der man in Lübeck den Impfstoff hergestellt habe, sei unzweckmässig gewesen.

Fortsetzung der Verhandlung am Montag.

+ + +  
Sklarek hat genug. Am Sonnabend wurden im Sklarek-Prozess noch einige von der Verteidigung geladene Entlastungszeugen Willi Sklareks und einige von der Staatsanwaltschaft geladene Belastungszeugen vernommen. Oberbranddirektor Gempp bekundete, dass die von der Firma Sklarek gelieferten Waren zu besonderen Beanstandungen keinen Anlass gegeben hätten. Als die Frage erörtert wurde, ob die angeklagten Brüder Sklarek sich das Geld einzelner Kunden direkt in die Tasche gesteckt hätten, bekam Leo Sklarek einen Wutanfall; seine Ausführungen blieben gänzlich unverständlich. Schliesslich verliess er wütend den Sitzungssaal. Die Verhandlung wurde unterbrochen, bis er sich wieder eingefunden hatte. - Ab Montag wird der Stadtbank-Komplex erörtert.

+ + +  
Sass-Anklage. Die Staatsanwaltschaft I beim Landgericht Berlin gegen die Brüder Erich und Franz Sass Anklage wegen gemeinschaftlichen Münzvergehens erhoben. Die Brüder Sass werden beschuldigt, Stempel, Platten und andere Formen zur Anfertigung von Falschgeld angeschafft oder angefertigt zu haben. Die Verhaftung der Brüder Sass war bereits vor einigen Wochen erfolgt; ein Antrag ihres Anwalts auf Haftentlassung wurde abgelehnt, da der Untersuchungsrichter Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr annahm.

+ + +  
640 km Segelflug! Der amerikanische Militärflieger Leutnant A. William Cocke jr. hielt sich bei einer Flugveranstaltung in Honolulu mit einem Segelflugapparat 21 Stunden, 36 Minuten in der Luft. Er legte in dieser Zeit eine Strecke von 640 km zurück und erreichte eine Höhe von 1160 Metern. Cocke stellte mit seiner Leistung einen dreifachen Segelflugweltrekord auf.

+ + +  
Elli Beinhorn vermisst. Die zu einem Flug nach den Südseeinseln gestartete 24jährige Fliegerin Elli Beinhorn wird vermisst. Am 17. Dezember früh

6 Uhr stieg die Pilotin in Bagdad auf, um nach Buschir zu fliegen, wo sie bereits am Abend des 17. Dezember hätte eintreffen müssen. Sie ist dort jedoch nicht angekommen. Es fehlt bisher jede Nachricht von ihr. Nachforschungen anderer Flieger blieben erfolglos. Der 800 km weite Flug von Bagdad nach Buschir führt über Luristan, das von aufständischen Kurdenstämmen besetzt ist.

+ + +  
Schülerfreitod. In einem Personenzug in der Nähe von Stettin erschoss sich ein 22 Jahre alter Oberprimaner eines Stettiner Gymnasiums, Sohn eines Oberstleutnants a.D. Dem verzweifelten jungen Mann war mitgeteilt worden, dass seine Zulassung zum Abitur in Frage gestellt sei.

+ + +  
Der balsamierte Walfisch. Nach längerer Reise über den Atlantik ist im Hafen von London ein 65 Tonnen schwerer einbalsamierter Walfisch, der zu Weihnachten in einem Zirkus ausgestellt werden soll, eingetroffen. Es ist vermutlich das grösste Frachtgutstück, das jemals über den Ozean befördert worden ist. Um das "Stück", das fast 25 Meter lang, 4 Meter hoch und drei Meter breit ist, in London an Land zu bringen, benutzte man den "Londoner Mammut", den grössten Kran der Welt.

+ + +  
Vorliebe für Cyankali.... Von der Universität Kalkutta wurde der indische Fakir, Yogin Narasingha Swami, der durch seine Fähigkeiten die Oeffentlichkeit Indiens in Erstaunen setzt, untersucht. Der Fakir verzehrt, ohne Schaden zu nehmen, mit Vorliebe Cyankali, nimmt aber auch alle anderen tödlichen Gifte zu sich und verschluckt Glassplitter und Nägel. Swami sagt, dass er seine Giftfestigkeiten durch lange Uebungen erreicht habe.

+ + +  
1 Mensch = 5 Mark. Der Londoner Chemiker Thomas E. Lawson hat den "Materialwert" des Menschen auf 5 Mark berechnet. Nach den Berechnungen Lawsons liefert ein Mensch im Durchschnittsgewicht von 127 Pfund 45 Liter Wasser, Fett für 7 Riegel Seife, Phosphor für 2 300 Streichhölzer, Kohle für 9 000 Bleistifte, Eisen für einen Nagel, Kalk zum Anstrich eines Hühnerstalls und genug Schwefel, um einen Hund von Flöhen zu befreien.

+ + +  
Verhungertes Goldfinder. Im Alter von 80 Jahren starb auf der englischen Insel Man Frederic Stuben, der Gründer von Johannesburg, in bitterster Not. Anfang der 80iger Jahre hat Stuben in Südafrika viel Gold gegraben und zu Geld gemacht - später aber wurde er von der "Konkurrenz", die ihm den besten Raum wegschnappte, verdrängt. Als der erste Goldrausch vorüber war, ist Stuben nie wieder zu Vermögen gekommen.

+ + +  
Frauen als Alkoholschmuggler. Der Chef des Zollamts in Detroit teilt mit, dass 85 Prozent des von Canada nach USA eingeführten Alkohols von Frauen eingeschmuggelt werden würde. Nicht nur dass die Frauen rein "technisch" den männlichen Bootleggern überlegen seien, unterbieten sie sie auch noch in den Preisen und begnügen sich mit einem Gewinn von etwa 2 Dollar für die Flasche unverdünnten Alkohols. Häufig hat man den Trick beobachtet, dass Frauen die Alkoholflaschen in Windeln und Tücher eingewickelt haben, damit man den Eindruck gewinne, dass sie in mütterlicher Besorgtheit ihre Babys recht warm halten.

+ + +  
Schloss-Einsturz. Das in der belgischen Hennegauprovinz gelegene geschichtlich bedeutsame und künstlerisch wertvolle Schloss des Grafen v. Havré, das aus dem Mittelalter stammt, ist infolge eines Erdbebens eingestürzt. Von der einstigen Herrlichkeit blieb nur noch eine Ruine.



## Ein Notschrei

### Was wird aus den Braunkohlenarbeitern Ostelbiens?

SPD. Not herrscht überall in Deutschland. Fast ganz Deutschland ist heute ein Notstandsgebiet. Wer will sich da noch um jene Teile des Reiches kümmern, wo Frau Sorge sozusagen Landespatronin ist. Nahe bei Berlin liegt ein solcher Notbezirk: das ostelbische Braunkohlengebiet. Von dort kommt ein Not-schrei der Bergarbeiter. Er macht darauf aufmerksam, dass neue Lohnkürzungen für die Braunkohlenarbeiter in Ostelbien untragbar sind.

Im Niederlausitzer Braunkohlenrevier wurden 1921 50 729 Arbeiter beschäftigt. Rund 30 000 Arbeiter wurden im Laufe von zehn Jahren abgebaut. Gegenüber dem Jahre 1927 beträgt der Rückgang 6 288. Mit dem Belegschaftsabbau ging eine kräftige Steigerung der Leistung der Bergarbeiter einher. Trotz dieser Leistungen muss der Arbeiter ein kümmertliches Dasein fristen. Selbst im Jahre 1929, also noch in der "guten" Zeit, erreichte sein Nettojahreseinkommen keine 2 000 Mark. Durch die Krise wurde sein Einkommen empfindlich geschmälert. In dem Teil des Gebietes, das dem Oberbergamt Halle untersteht, (drei Viertel), gingen den Arbeitern durch Feierschichten wegen Absatzmangel und aus betriebstechnischen Gründen im Jahre 1930 461 888 Schichten mit einer Lohnsumme von rund 3,2 Millionen Mark und im ersten Halbjahr 1931 437 623 Schichten mit einer Lohnsumme von über 3 Millionen Mark verloren. Durch Technisierung und Krise verloren die Arbeiter in anderthalb Jahren 6 299 194 Mark Einkommen. Diese Summe entging auch den kleinen Handwerkern und Geschäftsleuten beim Umsatz im Notstandsgebiet.

Wie dürftig die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sein muss, geht aus ihren Lohneinkommen hervor. In dem Oberbergamt Halle unterstehenden Gebiet betrug der Nettowochenlohn eines Arbeiters im ersten Quartal 1927 28,35 Mark, im zweiten Quartal 1931 28,79 Mark. Familienväter mit drei und vier Kindern beziehen Nettolöhne von 16 Mark und weniger. Die Braunkohlenarbeiter können es daher nicht begreifen, dass auch auf sie die Lohnkürzung der Notverordnung noch Anwendung finden soll.

Der Einwand, dass bei Bestehenlassen der bisherigen Lohnhöhe die Durchführung der Kohlenpreissenkung gefährdet werde, ist nicht stichhaltig. Im ostelbischen Braunkohlenbergbau sind vier Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 118 840 000 Mark vorhanden, die ca. 80 Prozent der Produktion auf sich vereinigen. Die Anlagen dieser Gesellschaften sind mit 174 976 602,82 Mark bilanzmässig am 31. Dezember 1930 ausgewiesen. Im letzten Geschäftsjahr wurden 19 108 775,51 Mark abgeschrieben und 14 060 706,82 Mark Reingewinn erzielt. Hinzu kommt noch ein Abgang von 485 882,11 Mark. In den letzten zwei Geschäftsjahren schrieben die Gesellschaften 40 698 060,29 Mark ab und verteilten 28 546 462,61 Mark Gewinn. Durch Ausbau (Technisierung) der Betriebe ist der bilanzmässige Wert der Produktionsanlagen sichergestellt und eine Verschuldung nicht eingetreten. Nach der letzten Bilanz stehen 74 405 516,26 Mark Gläubigerforderungen 68 892 366,54 Mark an Beteiligungen, Wertpapieren, Beständen und Forderungen gegenüber. Auf der einen Seite Anlagewerte, Beteiligungen, Wertpapiere und Bestände in Höhe von 243 868 969,36 Mark, auf der andern Seite Gläubigerforderungen und Aktienkapital im Gesamtbetrag von 1932 245 516,26 Mark. Nach Verschuldung sieht das nicht aus.

Die Lohnkosten am Produkt sind ebenfalls nicht so, dass ihre Höhe die Durchführung der Preissenkung verhindert. Auf eine Tonne Briketts werden 2,4 Tonnen Rohkohle gebraucht. In den neuesten Betriebsanlagen noch weniger. Nehmen wir die Zahl von 2,4 Tonnen, so ergibt sich, dass in der Tonne Briketts im ersten Quartal 1931 2,64 Mark Lohn liegen. Im Zentner 13 Pfennige."

Ob dieser Notschrei Beachtung findet? Die neue Lohnabbaulawine geht zermalmend ihren Weg. Eine weitere Senkung der Löhne in Ostelbien bedeutet fast völlige Vernichtung der Lebensexistenz Tausender von Arbeitern mit ihren Familien. Wird der Schlichter darauf Rücksicht nehmen?

-----  
SPD. Am Sonnabend fanden vor dem ordentlichen Schlichter in Breslau erneut Verhandlungen über die Löhne in der gesamten Schlesischen Textilindustrie statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war eine Wiederinkraftsetzung des am 30. November abgelaufenen Lohnabkommens mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember. Eine Einigung über die Höhe der Löhne ab 1. Januar konnte nicht herbeigeführt werden, sodass die Festlegung nunmehr gemäss den Bestimmungen der Notverordnung durch den Schlichter erfolgen muss.

+ + +  
Für die Breslauer Metallindustrie wurde vor dem Schlichter eine Vereinbarung getroffen, wonach mit Wirkung ab 13. d. Mts. die Löhne im allgemeinen um 6 Prozent gesenkt werden. Die Löhne der Frauen und Hilfsarbeiter erfahren eine etwas geringere Kürzung. Eine Stellungnahme der Gewerkschaften zu dieser Vereinbarung ist noch nicht erfolgt.

Die ab 1. Januar entsprechend der Notverordnung vorzunehmende weitere Kürzung wird nicht ganz 10 Prozent betragen, weil sonst die Lohnbezüge der Breslauer Metallarbeiter unter den Stand vom 10. Januar 1927 herabsinken würden.

-----  
SPD. Die Reichsbahnarbeiter werden von der Notverordnung scharf mitgenommen. Für den verheirateten Arbeiter in der niedrigsten Lohngruppe des niedrigsten Wirtschaftsgebiets ergibt sich ab 1. Januar infolge Kurzarbeit und Lohnsenkung ein Nettowochenlohn von 14 Mark und für viele Beamte ein Gehalt, das noch unter dem Vorkriegsstand liegt. Auch von den Verschlechterungen der Sozialversicherung werden die Reichsbahnarbeiter besonders hart betroffen.

Starke Erbitterung herrscht nicht nur gegenüber der Regierung, sondern auch gegenüber der Reichsbahn, die es in den Verhandlungen ablehnte, für einzelne Arbeitergruppen geringere Lohn- und Gehaltskürzungen vorzunehmen, obwohl sie dazu nach der Notverordnung berechtigt wäre.

-----  
SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hat die Reichsregierung eine Verordnung über Ausfall der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932 erlassen. Danach wird die Amtsdauer aller Mitglieder von Betriebsräten und aller Betriebsobmänner, die durch Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahre 1932 enden würden, um ein Jahr verlängert. Neuwahlen können also nur stattfinden, soweit die Wahlzeit der bestehenden Betriebsvertreter vor dem 1. Januar 1932 abläuft, oder soweit aus anderen Gründen das Amt der Betriebsvertreter erlischt.

Die Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Neuwahl vor dem 9. Dezember 1931 eingeleitet und vor dem 1. Januar 1932 durchgeführt ist.

SPD. In den Tagesblättern finden sich Klagen darüber, dass selbst die Kriegsblinden von den beiden letzten Notverordnungen in ihren Bezügen nicht verschont worden seien. So seien beispielsweise bei einem Kriegsblinden in Sachsen auf Grund der neuen Zusatzrentenbestimmungen vom Juni d. Js. zunächst 96 RM an Zusatzrente und durch die Letzte Notverordnung vom Dezember d. Js. 84 RM Invalidenrente in Wegfall gekommen.

Dazu wird von massgebender Stelle mitgeteilt: Die Entziehung der Zusatzrente darauf beruhen, dass die Rentenbezüge dieses Kriegsblinden, ohne die Pflegezulage von 100 Mark monatlich und ohne die Führerhundzulage, 150 % des Arbeitsverdienstes überschritten haben, den ein gesunder Arbeitskollege heute verdient. Der Fortfall der Renten aus der Sozialversicherung (Invaliden-An-gestelltenversicherung) bei den Kriegsblinden wird dadurch bedingt, dass ihre Versorgungsgebühnisse unter Nichtanrechnung der Pflegezulage, der Führerhundzulage, der Zusatzrente und eines weiteren Betrages von 25 RM der Rente immer noch höher sind als die ihnen bisher daneben gewährten Renten aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung. Durch die nunmehr vorgeschriebene Anrechnung dieser Renten wird naturgemäss das bisherige Gesamtrenteneinkommen vermindert. Diese Minderung wird jedoch dann ausgeglichen, wenn das Gesamtrenteneinkommen nunmehr 150 % des Arbeitsverdienstes unterschreitet. Der Kriegsblinde hat in diesem Falle die Möglichkeit, Zusatzrente in demselben oder etwas geringerem Ausmasse zu erhalten wie vordem.

-----

SPD. Die Reichsorganisation der Mieter, der Bund Deutscher Mietervereine e.V., Sitz Dresden, nahm Stellung zum Wohnungswirtschaftlichen Teil der neuen Notverordnung. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in Leitsätzen, in denen der Abbau der Hauszinssteuer als eine unerträgliche Zumutung an die enteigneten alten Hypothekengläubiger und Sparer bezeichnet wird, deren durch die Inflation verloren gegangene Vermögenswerte wider jenes soziale und sittliche Rechtsgefühl dem Hausbesitz zugewiesen würden. Die jetzige Regelung werde unter keinen Umständen ruhig hingenommen.

Aus wohnungsmarkt- und arbeitsmarktpolitischen Gründen sei die angeordnete Verkümmernng des Wohnungsbaues völlig unverständlich. Massnahmen zur Belebung des Baumarktes seien unerlässlich.

Die angeordnete Mietssenkung wird im Verhältnis zur allgemeinen Kaufkraftschrumpfung als durchaus unzulänglich und im übrigen in Verbindung mit den weitgehenden Lockerungen der bisherigen Mietpreisbindungen als Geste bezeichnet, deren Wirkungslosigkeit der Mieterschaft heute schon klar sei.

Das ausserordentliche Kündigungsrecht für langfristige Mietverträge sei unbrauchbar, so lange nicht gleichzeitig ein Recht des Mieters auf Abschluss eines Mietvertrages zu niederem, der veränderten Wirtschaftslage Rechnung tragenden angemessenen Mietzins gegeben sei.

Die angeordneten tiefeingreifenden Lockerungen der Mieterschutzgesetze ständen in schroffem Gegensatz zum eindeutigen Mehrheitswillen des Reichstages, der mit Beschluss vom 16. Oktober 1931 die Reichsregierung ausdrücklich ersucht habe, von jeder Aenderung der Mieterschutzgesetze bis auf weiteres abzusehen.

Die Leitsätze kündigen schärfsten Kampf gegen die in den Notverordnungen zum Ausdruck gekommene Wohnungspolitik der Reichsregierung an.

Es wurde beschlossen, den grossen Reichsausschuss des Bundes für Anfang Januar 1932 zur Beschlussfassung über zu ergreifende Abwehrmassnahmen einzu-berufen. An den Reichstag soll vor seinem Wiedertzusammentritt eine, die For-derungen des Bundes ausführlich begründende Denkschrift eingereicht werden.

-----

## Der Schultheiss=Skandal.

### Vernichtendes Urteil der Kontrollkommission.

SPD. Die dreiköpfige Kontrollkommission, die vom Aufsichtsrat des Schultheiss=Patzenhofer=Konzerns zur Untersuchung der grossen Skandalaffäre eingesetzt worden war, hat jetzt ihren Untersuchungsbericht veröffentlicht. Dieser Bericht ist für die verantwortlichen Generaldirektoren bei Schultheiss=Patzenhofer und dem Ostwerke=Konzern vernichtend. Es ist eine bunte Mischung von Bilanzverschleierungen, Prospektfälschungen, Vertrauensbrüchen und Verquickung persönlicher und geschäftlicher Interessen, die den Inhalt des Prüfungsberichts bildet. Wie bei dem aufsehenerregenden Untersuchungsbericht des zusammengebrochenen Frankfurter Versicherungskonzerns (Favag) blickt man auch hier bei Schultheiss=Patzenhofer in einen Abgrund privatwirtschaftlicher Unmoral.

Die Kontrollkommission hat festgestellt, dass schon die Bilanzen der Ostwerke in den Jahren 1928 und 1929, ferner die Verschmelzungsbilanz der Ostwerke im Jahre 1930 falsch gewesen sind. In diesen Bilanzen war nichts über die hohen Bürgschaftsverpflichtungen enthalten, die der Generaldirektor Katzenellenbogen eingegangen war. Eine glatte Bilanzfälschung - der Untersuchungsausschuss nennt es ein "falsches Bild" - ist darin zu erblicken, dass die Forderungen der Ostwerke A.G. an ihre mystische holländische Tochtergesellschaft "Nutria" als Bankguthaben in der Bilanz erschienen. Die willkürliche Aufrechnung der Bankschulden gegen diese "Bankguthaben" gab natürlich ein völlig falsches Bild von der finanziellen Flüssigkeit der Gesellschaft.

Sodann behandelt der Untersuchungsbericht die Spekulationen in den eigenen Aktien des Konzerns, wobei es sich um die Geschäfte des sogenannten Holland=Konsortiums, sowie um das Danatgeschäft handelt. Bei den Geschäften des Hollandkonsortiums war die Commerz= und Privatbank beteiligt. Die Kommission stellt fest, dass die Ankäufe dieser Aktien nicht zu rechtfertigen seien. Es folgt sodann eine vernichtende Abrechnung mit der "Interessenkollision" Ludwig Katzenellenbogens, die zwischen der Wahrnehmung seiner persönlichen finanziellen Interessen und seinen Pflichten als Generaldirektor im Schultheiss=Ostwerke=Konzern bestanden hat. Sehr vorsichtig heisst es in dem Bericht, dass der Generaldirektor Sobernheim von seinem Kollegen Katzenellenbogen jedenfalls nicht ausreichend informiert worden sei. Katzenellenbogen ging aber über diese Schweigetaktik, die schon einen schweren Vertrauensmissbrauch darstellt, noch weit hinaus. So überredete er die übrigen Mitglieder der Generaldirektion von Schultheiss die zufällig von diesen Aktienspekulationen Kenntnis erhalten hatten, über diese Dinge Stillschweigen zu bewahren und den Aufsichtsrat weiterhin in Unkenntnis über diese Geschäfte zu lassen, obwohl bereits schwere Verluste auf ihnen lasteten.

Zu der Frage des viel erörterten Börsenprospektes vom Februar 1931 wird festgestellt, dass im Prospekt eine Reihe von Angaben fehlten oder unzutreffend waren. Eine besonders schöne Einrichtung stellte die eigene Revisionsabteilung dar, die sich die Konzernleitung geschaffen hatte. Diese Revisionsabteilung, die ihre Berichte an einen besonderen Ausschuss des Aufsichtsrates zu liefern hatte, war über die Forderungen der Ostwerke an die "Nutria" und ihre

Verbuchung als Bankguthaben völlig im Bilde, ohne diese skandalöse Bilanzfälschung zu verhindern.

Der Prüfungsausschuss kommt bei der Frage der Verantwortung und der Ersatzpflicht zu der Auffassung, dass die Gesamtverantwortlichkeit Ludwig Katzenellenbogen trifft. Aber auch die übrigen Mitglieder des Generaldirektoriums von Schultheiss seien mit verantwortlich. Dasselbe gilt für die Mitglieder der Revisionskommission. Bei den beteiligten Bankdirektoren geht die Auffassung des Prüfungsausschusses dahin, dass Direktor Reinhart von der Commerz- und Privatbank von der falschen Bilanz der Ostwerke nichts gewusst und auch an den bewussten Aktiengesellschaften nicht teilgenommen habe. Anders lägen die Dinge bei Jakob Goldschmidt, der bei den Aktiengeschäften mitgewirkt habe, allerdings über die Bilanz der Ostwerke auch nicht im Bilde gewesen sei.

Das Fazit, das der Prüfungsausschuss aus dieser Misswirtschaft für das ehemals blühendste Grossunternehmen im deutschen Braugewerbe zieht, ist traurig genug. Für die schwebenden Verpflichtungen müssen grosse Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen werden. Die hieraus entstehenden Verluste können aber durch den Betriebsgewinn des letzten Jahres, sowie aus den offenen und stillen Reserven gedeckt werden. Da allein die offenen Reserven bei Schultheiss 8,6 Millionen betragen, handelt es sich hierbei also um sehr hohe Millionenziffern. Neben diesen Verlusten sind aber noch aus dem Aufkauf von eigenen Aktien Millionenverluste entstanden, die im Augenblick in ihrem ganzen Umfang noch nicht zu übersehen sind. Es ist nach unserer Meinung durchaus möglich, dass diese Verluste einen Umfang erreichen, dass Schultheiss-Patzenhofer diese durch Heranziehung noch vorhandener stiller Reserven nicht mehr decken kann und einen apitalschnitt vornehmen muss.

SPD. Weshalb die Zahlungsunfähigkeit der Borsigwerke eintrat, ist eine noch ungeklärte Frage. Die Borsigverwaltung hat in erster Linie einen Sonderverlust der Tochtergesellschaft Borsig-Hall Verein Deutscher Pumpenfabriken, sodann Verluste bei Forderungen und Währungsverluste verantwortlich gemacht. Inzwischen hört man, dass mindestens bei den Russenaufträgen, die fast 40 Prozent der gesamten Produktion des Tegeler Werkes ausgemacht haben, Währungsverluste nicht eingetreten sind. Die übrigen Währungsverluste können nicht übermässig gewesen sein, da ja dann nur ein verhältnismässig kleiner Bruchteil auf englische Pfunde gelaftet haben kann. Die Verluste bei ausstehenden Forderungen müssten balanmöglichst geklärt werden.

Aber mit der in erster Linie genannten Verlustquelle Borsig-Hall Vereinigte deutsche Pumpenfabriken muss irgend etwas nicht stimmen. 1929/30 dürfte diese Gesellschaft einen Umsatz von annähernd 2 Millionen gehabt haben, 1930/31 soll der Umsatz  $2\frac{1}{2}$  Millionen Mark überstiegen haben. Die Geschäfte müssten also verhältnismässig gut gehen. Aus den laufenden Geschäften ist ein Verlust kaum möglich, infolgedessen müsste man auf Unregelmässigkeiten in der Geschäftsführung der Pumpenvereinigung schliessen; und das wäre sehr leicht denkbar. Die Pumpenvereinigung ist nämlich ein Konzern für sich, der offenbar eine ebenso kostspielige Expansions- wie Verwaltungspolitik getrieben hat. Die Borsigs haben in dieser sogenannten Pumpenvereinigung erst das Werk Hall in Fürstenwalde, dann die Berliner Firmen Brodnitz und Seydel und die Geue Pumpenbaugesellschaft m.b.H. in diesen Konzern eingebracht, später ausserdem die Pumpenabteilung der Schichauwerft in Elbing und die Pumpenabteilung der Deutschen Werke A.G. in Kiel. Offenbar hat der Erwerb dieser Unternehmen erhebliche Summen gekostet und noch mehr dürfte in die Verkaufsabteilungen hineingesteckt worden sein, die dieser auf ein Monopol bedachte Konzern allmählich ausgebaut hat.

Generaldirektor der Pumpenvereinigung war ein Herr Behrend. Generaldirektor Behrend hat es mit den Verwaltungskosten alles weniger als genau

genau genommen. Er hat in der Linkstrasse in Berlin in der Nähe des Potsdamerplatzes ein Verwaltungsgebäude im Werte von über  $\frac{3}{4}$  Millionen Mark erworben und vollständig umbauen lassen, obwohl der Umsatz der Pumpenvereinigung damals kaum 2 Millionen Mark betragen hat. Das Vertrauen der beiden Borsigs in Behrend war offenbar sehr gross. Man hat die Gesellschaft sehr wenig kontrolliert, wozu vielleicht auch persönliche Sympathie beigetragen hat. Von Herrn Ernst von Borsig ist bekannt, dass er die Pflege von Kakteen und Orchideen ebenso liebte, wie die Pflege der Werksgemeinschaft, die er an die Stelle des in Deutschland geltenden Arbeitsrechtes setzen wollte. Als Generaldirektor Behrend das Haus Linkstrasse umbaute, war sein erstes die Errichtung eines grossen Kakteengartens im Anschluss an sein vornehm eingerichtetes Büro.

Die Frage ist natürlich offen, wie hoch die Verluste bei dieser Pumpenvereinigung sein mögen. Man liest in der Berliner Presse von einer Summe von einer Million Mark. Dem wird aber hinzugefügt, dass dieser Verlust schon erheblich früher entstanden sei. Die Summe ist auch so gering, dass die Zahlungsunfähigkeit der Borsigwerke, die auch im laufenden Jahre einen Umsatz von 36 bis 40 Millionen Mark hatten, durch diese Million nicht herbeigeführt worden sein kann. Man gewinnt daher den Eindruck, als ob die Verluste bei der Pumpenvereinigung Borsig-Hall vorgeschoben worden sind, um andere und interessantere Verlustquellen zu decken. Es wird deshalb nötig sein, dass eine gründliche Revision über die wirklichen Verlustquellen durchgeführt wird, an der auch das Reich bzw. das Reichswirtschaftsministerium ein grosses Interesse hat, nachdem ja die Reichssubvention von 1,2 Millionen nur zum kleinsten Teil bisher in Warenlieferungen abgedeckt worden ist und es wahrscheinlich ist, dass das Reichswirtschaftsministerium auch in der letzten Zeit bestimmte Beihilfen geleistet hat.

Im übrigen wird der grosse Borsigbetrieb in Berlin-Tegel vorläufig weitergeführt, wenn auch in beschränktem Umfang. Die letzten fälligen Löhne sind gezahlt worden; man hört, dass die Lohnzahlungen durch eine Hilfsstellung des Staates erleichtert wurden. Ueber die finanzielle Lage des Unternehmens sind nähere Mitteilungen erst kurz vor oder nach Weihnachten zu erwarten.

---

SPD. Der Reichsbund deutscher Mieter macht darauf aufmerksam, dass bei der Kündigung von Miet- und Pachtverträgen eine gewisse Vorsicht geboten ist. Die Mieter müssen darauf achten, dass jede Kündigung, die nur den Mietspreis selbst betreffen soll, rechtlich dennoch als echte Kündigung des gesamten Vertrages anzusehen ist, was den Zwang zur Räumung zur Folge hätte. Deshalb ist es empfehlenswert, vor der Kündigung solcher Verträge mit dem Vermieter oder Verpächter eine Einigung herbeizuführen, wenn auf die Weiterbenutzung der Räume über den 1. April 1932 Wert gelegt wird.

---

SPT. Die Hamburger Werft Blohm & Voss hat das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr verhältnismässig günstig beendet. Gegenüber dem Vorjahr wird ein von 3,84 auf 3,12 Millionen Mark nur wenig gesunkener Betriebsüberschuss ausgewiesen. Es wurde ein Reingewinn von 507 000 gegen 576 000 Mark im Vorjahr erzielt, woraus auf das Kapital von 7 Millionen Mark eine Stammdividende von 4 Prozent (gegen 5 Prozent im Vorjahr) verteilt wird.

---

Wieder fest.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Dez.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend war die Stimmung fester. Weizen und Roggen in prompter Ware waren nicht stärker angeboten und wenn auch die Kauflust nicht übermässig gross war, so konnten bei den wenigen zustande gekommenen Abschlüssen die Preise dennoch für Roggen und Weizen um etwa 2 Mark anziehen. Hierbei wurden gleichzeitig die Frachtermässigungen für Getreide berücksichtigt. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich gleichfalls einige kleine Befestigungen, namentlich für den laufenden Monat. Mehl hatte weiter sehr kleines Geschäft bei unveränderten Preisen. Für Hafer war die Stimmung ruhig.

	18. Dez.	19. Dez.
	(ab märkischer Station in Mark)	
Weizen	209 - 211	211 - 213
Roggen	188 - 191	189 - 192
Braugerste	152 - 164	152 - 164
Futter- und Industrierogerste	150 - 152	150 - 152
Hafer	133 - 141	134 - 142
Weizenmehl	26,75 - 30,75	26,75 - 30,75
Roggenmehl	25,75 - 27,80	25,75 - 27,80
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 226 (Vortag; 224 $\frac{1}{2}$ ), März 235 $\frac{3}{4}$  (235 $\frac{1}{2}$ ), Mai 244 (243 $\frac{1}{2}$ ). Roggen Dezember 199 (198), März 207 $\frac{1}{2}$  bis 207 $\frac{3}{4}$  (206 $\frac{1}{2}$ ), Mai 215 $\frac{1}{2}$  (214 $\frac{1}{2}$ ). Hafer Dezember 154 $\frac{1}{2}$  (154 $\frac{1}{2}$ ), März 158-158 $\frac{1}{2}$  (157 $\frac{1}{2}$ ), Mai 167 plus Geld (165 $\frac{1}{2}$ ).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 19. Dezember. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 107, II. 100, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: stetig.

SPD. Der Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Berlin gibt einige interessante Ziffern über den Kaufkraftschwund im Laufe des letzten Jahres. Danach sind die Umsätze im deutschen Binnenhandel für das erste Vierteljahr 1931 auf rund 35 Milliarden, im zweiten Vierteljahr auf rund 34 Milliarden und im dritten Vierteljahr auf etwa 40 Milliarden Mark zu schätzen. Gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen bedeutet das einen Umsatzrückgang von 20 bzw. 19 und 5 Prozent. Die Einzelhandelsumsätze lagen im ersten Halbjahr 1931 um rund 12,2 Prozent niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.